

12. Kreislaufwirtschaft: Wiederverwendung von Bauteilen und -materialien

Antrag des Regierungsrates vom 18. Dezember 2024 und Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 17. Juni 2025

KR-Nr. 346a/2022

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU): Dieses Postulat aus dem Jahr 2022 fordert, dass bei Neu- und Umbauten ein Mindestanteil an Kreislaufmaterialien verwendet werden muss. Der Regierungsrat anerkennt in seinem Bericht, dass die Wiederverwendung von Bauteilen einen wichtigen Beitrag zur Verminderung von Treibhausgasemissionen leisten kann. Der Kanton gehe dabei mit einer kantonsinternen Bauteilplattform voran, auf welcher wiederverwendbare Bauteile für andere kantonale Bauten zur Verfügung gestellt werden.

Wie muss man sich so eine Bauteilbörse vorstellen? Da werden aus bestehenden Bauten, an denen es Änderungen gibt, zum Beispiel Fenster ausgebaut und bereitgestellt, damit sie in einem anderen Bau verwendet werden können. Oder von einem Dach werden die Ziegel eingelagert, damit sie später bei einem anderen Bau wiederverwendet werden können. Dabei gibt es natürlich durchaus Schwierigkeiten. Nehmen wir die Fenster: Wenn wir eine Fensteröffnung von 2,20 Meter vorgesehen haben und wir haben nur 2,50-Meter-Fenster an Lager, dann funktioniert das eben nicht. Es funktioniert wahrscheinlich auch nicht, wenn das Fenster 1,80 Meter ist, dann müsste ich die Fensteröffnung wiederum verkleinern, und das ist dann wiederum architektonisch nicht erwünscht. Bei den Ziegeln ist es sehr ähnlich: Da werden bei einem alten, kleineren Haus die Ziegel weggenommen, 80 Quadratmeter. Auf dem neuen Haus braucht es dann 100 Quadratmeter Ziegel. Da könnte ich die 80 Quadratmeter schon nehmen, aber es sieht vielleicht nicht mehr so hübsch aus, wenn 20 Quadratmeter neue Ziegel da sind. Also, es gibt durchaus Schwierigkeiten zu lösen bei so einer Bauteilbörse. Nichtsdestotrotz soll die Plattform künftig ausgebaut und auf weitere Akteure ausgeweitet werden.

Zudem trat auf nationaler Ebene Anfang 2025 eine Änderung des Umweltschutzgesetzes, USG, in Kraft, die den Bundesrat ermächtigt, Anforderungen zur Wiederverwendung von Bauteilen festzulegen. Es ist deshalb gemäss Regierungsrat nicht sinnvoll, dass der Kanton Zürich eigene Regelungen einführt, zumal er bei konsequentem Vollzug der neuen Bestimmung im USG die Forderung des Postulats erfüllen kann. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt beantragt einstimmig, das Postulat abzuschreiben.

Regierungsrat Martin Neukom: Wegen der sehr grossen Materialmengen kommt der Bauwirtschaft in Bezug auf die Kreislaufwirtschaft eine sehr bedeutende Rolle zu, und durch die Wiederverwendung von Bauteilen kann nicht nur Material gespart werden, sondern es können auch Treibhausgasemissionen gesenkt werden.

Teilprotokoll – Kantonsrat, 164. KR-Sitzung vom 17. August 2026

Aber wie der Kommissionspräsident ausführlich dargelegt hat, ist das natürlich eine sehr anspruchsvolle Sache, weil es den Planungsprozess quasi umkehrt: Die Architektinnen und Architekten müssen zuerst schauen: Was ist überhaupt vorhanden, und was kann ich aus dem, was vorhanden ist, bauen? Und das passt natürlich nicht immer zusammen. Das ist auch nicht für jedes Bauprojekt genau gleich gut geeignet, es braucht viel Kreativität, aber es gibt mindestens aus meiner Sicht durchaus sehr interessante Lösungen. Seit dem 1. Januar 2025 kann der Bundesrat neue Anforderungen zur Verwendung von umweltschonenden Baustoffen, zur Verwendung von rezyklierten Baustoffen, zur Rückbaubarkeit von Bauwerken und zur Wiederverwendung von Bauteilen festlegen. Ich erwarte, dass der Bundesrat von dieser neuen Möglichkeit Gebrauch macht, denn das kann die Kreislaufwirtschaft deutlich beschleunigen. Und solche Vorgaben – auch wenn es Vorgaben sind, die nicht immer alle gleich gern haben – können helfen, die Entwicklung und Anwendung von neuen Technologien und Materialien am Markt zu beschleunigen. Wir verwenden auch selber neue Methoden im Bau. Eines der Beispiele, wo wir das zum ersten Mal angewendet haben, das war das Provisorium der Kantonsschule Uster, welches wir mit einem sehr hohen Anteil an wiederverwendeten Baumaterialien gebaut haben. Wer sich das mal anschauen möchte, ist natürlich herzlich eingeladen, dies zu tun, oder kann gerne auf mich zukommen. Persönlich finde ich es sehr gelungen. Mit diesen Ausführungen beantrage ich Ihnen, das Postulat abzuschreiben. Besten Dank.

Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon): Auch hier (wie schon beim vorangehenden Traktandum betreffend KR-Nr. 345a/2022) unterstützen die Grünen die Abschreibung dieses Postulates, aber auch hier mit einer klaren Erwartung: Jetzt muss die Regierung liefern. Der Bericht des Regierungsrates zeigt, dass das Thema der Wiederverwendung von Bauteilen endlich die nötige Aufmerksamkeit erhält. Das ist entscheidend, denn ein grosser Teil der Klimabelastung eines Gebäudes entsteht nicht im Betrieb, sondern im Bau. Wer Netto-Null ernst nimmt, muss genauso hier ansetzen.

Besonders hervorheben möchte ich auch noch die Rolle der Jungen Grünen. Mit ihrer Kreislaufinitiative (*Vorlage 5668*) haben sie früh Druck gemacht und das Thema in die politische Debatte getragen. Und nun zeigt der Einsatz Wirkung – und er zeigt, wie wichtig auch zivilgesellschaftliches Engagement für den Klimaschutz ist. Und ausserdem ist es auch sehr schön zu sehen, wie die Jungen Grünen die politischen Themen mit sehr, sehr grossen Mehrheiten mitprägen. Daran könnte ich mich gewöhnen.

Der Bericht macht aber auch deutlich, dass wir auch hier an einem Übergangspunkt stehen. Die Grundlagen sind gelegt. Doch die entscheidenden Schritte stehen noch bevor. Das Weiterbauen im Bestand muss erleichtert werden, und die Kreislaufwirtschaft muss vom Pilot zur Norm werden. Die Abschreibung des Postulats sehen wir deshalb als politischen Auftrag, einen Auftrag an uns alle, die nächsten Schritte mutig und konsequent anzugehen.

Daniel Rensch (GLP, Zürich): Ich komme jetzt trotzdem noch mit einer kurzen Replik auf die Kolleginnen und Kollegen auf der bürgerlichen Seite. Es heisst immer, es sei überflüssig, dass wir jetzt dies alles machen, es sei eine Zusatzaufgabe für die Verwaltung und so weiter. Das ist einfach nicht wahr. Und vielleicht muss ich meine Interessenkundgebung auch noch bringen: Ich arbeite für Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ). Der allergrösste Teil des Abfalls, der nicht zurückgeht, kommt aus der Bauwirtschaft, aus dem Rückbau von Anlagen und Bauten. Und ich denke, es ist enorm wichtig, dass wir dort weiter schauen und dass der Kanton Zürich endlich so eine Bauteilbörse einrichtet. Denn Private machen es nicht, Private schaffen es offensichtlich nicht, solche Bauteilbörsen aufzubauen. «Wir <recyklieren> lieber» – doch ein Grossteil davon geht in die Kehrichtverbrennungsanlagen. Und es ist deshalb nicht nur ökologisch richtig, wiederverwenden, sondern es ist zunehmend auch wirklich finanziell sinnvoll. Vielleicht ist der Aufwand zu gross, doch wer heute solche Bauteile nutzt, der spart Material, der spart graue Energie, der spart Transport und der spart auch Entsorgungskosten. Gerade bei den heutigen steigenden Rohstoffpreisen ist das eine ganz wichtige Aufgabe und nicht nur so etwas wie ein Türöffner. Ich danke dem Kanton, dass er mit dieser Bauteilbörse etwas anstösst, das hoffentlich wirklich auch in den ganzen Baubereich Bewegung bringt. Denn die Kolleginnen und Kollegen aus dem Baubereich, die wollen das, und es bringt uns auch etwas. Besten Dank.

Michael Bänninger (EVP, Winterthur): Die EVP unterstützt die Abschreibung dieses Postulats, nicht weil das Anliegen erledigt wäre, sondern weil die Kreislaufwirtschaft inzwischen auf verschiedenen Ebenen konkret vorangetrieben wird. Gerade im Bauwesen liegt enormes Potenzial. Die Wiederverwendung von Bauteilen, der Einsatz von Recyclingmaterialien und das Weiterbauen im Bestand schonen wertvolle Ressourcen und reduzieren gleichzeitig die grauen CO₂-Emissionen.

Der Kanton Zürich muss hier eine Vorbildrolle übernehmen und tut dies zunehmend. Diese Ansätze begrüssen wir ausdrücklich. Gleichzeitig ist es richtig, jetzt nicht zusätzliche kantonale Vorschriften zu schaffen. Mit den neuen Bestimmungen im Umweltschutzgesetz bestehen auf Bundesebene bereits die notwendigen Grundlagen. Doppelspurigkeiten bringen uns nicht weiter, konsequente Umsetzung schon. Für die EVP ist klar: Kreislaufwirtschaft ist kein Selbstzweck. Sie bedeutet, Ressourcen intelligenter zu nutzen, Abfälle zu vermeiden und Materialien möglichst lange im Kreislauf zu halten. In diesem Sinne unterstützen wir die Abschreibung und erwarten gleichzeitig, dass der Kanton bei der Umsetzung konsequent vorangeht. Besten Dank.

Silvia Rigoni (Grüne, Zürich): Liebe Sonja Rueff-Frenkel, die politische Arbeit endet nicht mit Volksabstimmungen (*Bezug auf das Votum der Angesprochenen zum Traktandum 11 derselben Sitzung, KR-Nr. 345a/2022*). Es ist wichtig, die Anliegen – und vor allem so dringende Anliegen wie die Kreislaufwirtschaft, wir

haben es diesen Sommer wieder gesehen – zu fördern, sie auch wirklich voranzubringen. Re-use, Wiederverwendung von Bauteilen, ist eine bis vor kurzem sehr stiefmütterlich behandelte, wirkungsvolle Möglichkeit, den Klimawandel umzukehren. Das Recycling von mineralischen Abfällen und Aushub entwickelt sich so einigermaßen in die richtige Richtung, wir haben es gehört von Daniel Rensch. Der Handlungsbedarf ist in diesem Bereich sehr gross. Deutlich problematischer ist es, wenn es um das Re-use von ganzen Bauteilen geht, wie wir auch gehört haben. Es gibt hier erst einzelne Versuche – Dank auch an den Kanton Zürich, der hier ein Leuchtturmprojekt auf den Weg geschickt hat, aber das reicht nicht. Es braucht die Privatwirtschaft, denn sie ist ja der grosse Bauträger in unserer Gesellschaft. Es braucht bessere Prozesse, die den Zeitbedarf für Re-use-Abläufe berücksichtigen. Wahrscheinlich braucht es auch Anpassungen der Baunormen, damit die Bauteile besser kompatibel sind. Und es braucht halt vermehrt Investitionen in eine gut funktionierende digitale Plattform. Und vor allem braucht es ein Umdenken der Bauwirtschaft. Die Baudirektion ist angehalten, auf diesem Weg weiterzumachen, aber wie gesagt: Das reicht bei weitem nicht, und es braucht auch die Privaten.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Ich möchte zu diesem sehr wichtigen Punkt des Re-use von Bauteilen auch noch zwei Aspekte einbringen, und zwar referiere ich hier auf den italienischen Architekten und langjährigen ETH-Hochschulprofessor Vittorio Lampugnani und sein Buch gegen Wegwerfarchitektur, das ich Ihnen allen sehr zur Lektüre empfehlen kann. Lampugnani stellt darin die These auf, dass die beste Architektur eben diejenige ist, die nicht abgerissen wird, weil sie eine derart hohe Qualität hat. Daran arbeiten wir ja im Zusammenhang mit der Kreislaufwirtschaft: dass wir Gebäude bauen, die Bestand haben, und dass wir auch diejenigen Gebäude, die bereits stehen, in einer Weise wieder nutzen – und wir auch die Bauherren dafür belohnen, dass sie wieder genutzt werden –, dass sie eben lange stehen und wenig Abfall und wenig künftigen CO₂-Ausstoss produzieren.

Zweitens sagt Lampugnani, dass Fenster oder Säulen, Lavabos, Armaturen oder was auch immer – wie auch mein Vorredner Andreas Hasler gesagt hat –, wenn sie Qualität haben, eben auch wieder gebraucht werden. Wenn wir Schrott bauen, dann ist es Wegwerfarchitektur, dann ist es eigentlich eine Einwegverpackung, und genau das sollten wir vermeiden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, dass auch die Baunormen angepasst werden müssen. Sie müssen sich vorstellen, Sie sind Bauherrin oder Bauherr und Sie haben einen zeitlichen Plan, Sie haben einen finanziellen Plan, aber mit dem Re-use-Konzept ist nicht ganz klar: Wie hohe Kosten kommen jetzt auf mich zu? Es hängt ja immer auch davon ab, welche Bauteile zu welchem Preis gerade zur Verfügung stehen. Und ebenso: Wie lange dauert es dann, bis ich genau das richtige Teil, das ich brauche, noch gefunden habe? Da braucht es, glaube ich, auch neue Vereinbarungen zwischen Bauherren, Bauherrinnen und denjenigen, die den Bau ausführen, so dass man zeitliche Verzögerungen im Re-use-Bereich nicht gleich

belangt, wie wenn man einen gewöhnlichen Bauvertrag mit einer Baufirma oder einem Generalunternehmer abschliesst.

Also ich denke, da haben wir noch viel vor uns, aber eine Bauteilbörse, wie sie jetzt eingerichtet wird, das ist der erste wichtige Anfang. Aber ich glaube, es gibt noch viele Usanzen, die sich einspielen müssen. Und das Zweite ist natürlich: Qualität beim Bauen fördert, dass die Bauten auch wirklich stehen bleiben und die Bauteile wieder gebraucht werden, sollte es dann tatsächlich doch zu einem Abbruch kommen.

Christoph Marty (SVP, Zürich): Ja, interessant, Ihre Ausführungen, alles ein bisschen theoretisch. Ich weiss nicht, wie Sie sich das in der Praxis vorstellen. Nur das Beispiel der Fenster: Zuerst einmal, ein Fenster in einem Haus ist wie ein massgeschneiderter Anzug, das passt genau an einem Ort rein. Gut, jetzt kann man das neue Haus nach dem alten Fenster bauen, das man sich an der Bauteilbörse oder sonst irgendwie organisiert hat. Jetzt kommt der nächste Punkt: Wir haben ein neues Energiegesetz gemacht, in dem die Werte genau festgeschrieben sind, also vor allem der U-Wert, der Wärmedurchgangswert. Die meisten der Fenster, die ausgebaut werden, die älter als zwei, drei Jahre sind – nach zwei, drei Jahren schmeisst man die Fenster nicht weg –, erfüllen die aktuellen Normen überhaupt nicht mehr. Diese können Sie gar nicht mehr verbauen. Dann zu den Armaturen und Lavabos und weiteren Dingen, die wiederverwendet werden sollen: Auch diese Teile sind der Alterung unterworfen. Die werden nicht besser durchs Gebrauchen, die gehen kaputt. Türen und andere Einbauten, das sind eben Einbauteile: Man baut sie ein, und zwar nicht, um sie wieder auszubauen. Sie auszubauen und wiederzuverwenden, bringt einen erheblichen Mehraufwand mit sich, einmal davon abgesehen, dass die Teile am neuen Ort unter Umständen gar nicht passen. Ich kann Ihnen gute Beispiele dafür vorbringen. Wir brechen jetzt etwa für ein Bürogebäude die Brandschutztüren ab. Es sind Brandschutztüren, die der alten Norm entsprechen – nicht EI30. Diese Türen sind sehr hochwertig, man könnte sie eigentlich wiederverwerten. Nur schon der Ausbau gibt viel Arbeit. Man kann sie aber nicht mehr verwenden, weil sie nach den neuen Vorschriften gar nicht mehr zugelassen sind. Also, das ist alles sehr theoretisch und lässt sich in der Praxis nicht oder nur sehr schwer und nur sehr aufwendig umsetzen. Ich würde empfehlen, von solchen Vorhaben Abstand zu nehmen.

Markus Bärtschiger (SP, Schlieren): Wir haben heute ja im Traktandum zum Rahmenkredit (*Vorlage 6064a*) bereits über die betriebliche Energie gesprochen, jetzt sprechen wir über die graue Energie. Wir dürfen einfach nicht vergessen, dass die betriebliche Energie oft kleiner ist als das, was wir an grauer Energie in Gebäude investieren. Deshalb ist es sehr wohl wichtig, dass wir gewisse Sachen wiederverwenden. Auch wenn es sehr mühsam ist, lieber Herr Marty. Es ist uns bewusst, dass Fenster teilweise den Normen nicht entsprechen, aber es gibt durchaus Möglichkeiten, diese Wärmedurchgangswerte dann mit einer zweiten Haus- hülle zu erreichen. Es ist nicht ganz einfach, da gebe ich Ihnen absolut recht, aber

es ist langfristig sinnvoll, sich Gedanken zu machen, nicht zuletzt auch, um die Kosten des Bauens, die sich ja dann in den Mieten widerspiegeln, senken zu können. Also das heisst, es ist teilweise nicht nur effizient, sondern wirklich auch geldsparend – dies nicht in jedem Fall, absolut richtig, aber wir müssen da unseren Kopf mehr gebrauchen. Andere Länder zeigen, dass es möglich ist, hier Geld zu sparen und trotzdem energetisch sinnvolle Lösungen zu finden.

Jonas Pfister (Grüne, Winterthur): Ich sehe mich irgendwie gezwungen, mich in die Debatte einzumischen, obwohl ich es ursprünglich nicht vorhatte. Ich habe es heute schon einmal gesagt: Ich bin von Beruf Bauingenieur, in diesem Sinne ist mein Votum zu verstehen.

Ich sehe es kritisch, was für Voten kommen, leider auch von meiner Seite des Raums. Ich stimme absolut mit Christoph Marty überein: Fenster, die die physikalischen Werte der Anforderungen nicht mehr erfüllen, Brandschutztüren, die die Anforderungen nicht mehr erfüllen, auch ein Lavabo, «das het es Näggi ab», das können Sie schlecht wiederverwenden. Ich möchte aber eines klarstellen: Genau diese Teile, über die jetzt in diesem Ausmass gesprochen wurde, sind eigentlich nicht die, die den Braten feiss machen. Denn worum es wirklich geht, das sind eigentlich die Dinge, in denen sehr viel Masse und auch sehr viel Energie steckt. Sehr konkret an oberster Stelle sprechen wir hier von tragenden Bauteilen, ganz zuoberst: Stahlträger. Stahlträger können Sie zu 100 Prozent rezyklieren, absolut kein Ding, kostet einen Scheisshaufen Energie. Wir wären deutlich besser beraten, diese Stahlträger sauber zu demontieren. Das geht. Ich denke, du gibst mir recht, Christoph, man kann die demontieren, man kann sie wiederverwenden, und zwar ohne Qualitätsverlust. Das sollten wir anstreben. Und weiter: Auch tragende Bauteile sind häufig Durchlaufträger – versus einfacher Balken. Das sind statische Begriffe, das muss Sie nicht zwingend weiter kümmern. Es geht primär darum, dass ein einfacher Balken auf eine bestimmte Spannweite und eine bestimmte Last ausgelegt ist, während ein Durchlaufträger eine völlig andere Momentenlinie aufnehmen muss. Den können Sie nicht einfach so irgendwo wieder einsetzen, im Gegensatz zum einfachen ... (*Die Ratspräsidentin unterbricht den Votanten.*)

Ratspräsidentin Romaine Rogenmoser: Ihre Zeit ist abgelaufen, wir befinden uns immer noch in einer Kurzdebatte.

Christoph Marty (SVP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ja, Herr Bärtschiger, das ist völlig korrekt, das wird anderswo gemacht, zum Beispiel in Bangladesch, wo die ganzen Schiffe abgewrackt werden. Da werden die Türen, die Einbauten aus den Schiffen, wiederverwendet. Aber etwas müssen Sie auch auf dem Radar haben: Die Arbeit kostet dort nichts, die Mannstunde ist in Drittweltländern nichts wert. Wenn Sie bei uns mit 80 bis 140 Franken pro Mannstunde kalkulieren müssen, können Sie keine ewigen Geschichten aus solchen Sachen machen, und so sind das einfach nur theoretische Abhandlungen, die ich hier höre.

Das mit den Stahlträgern ist sehr wohl richtig. Es stellt sich dort einfach ein Problem mit der ganzen Logistik. Ich kenne einen Unternehmer, der das auch ein Stück weit versucht hat, es aber wieder aufgegeben hat, weil es einfach zu viele verschiedene Trägertypen gibt, zu viele verschiedene Festigkeitsklassen der einzelnen Träger. Die Träger sind dann jeweils noch beschichtet. Die ganzen Beschichtungen runterholen, wieder neu applizieren: Das sind auch Sachen. Dann all die Transporte, die dazukommen. Stahl ist mit einem Raumgewicht von ungefähr 7800 Kilo pro Kubikmeter nicht wirklich ein Leichtgewicht.

Und zum Mitarbeiter vom ERZ: Die Teile werden ja verwertet, sie werden thermisch verwertet, damit die Zürcher im Winter warm haben in ihren Wohnungen, da man immer mehr auf Fernwärme umstellt. So viel zum praktischen Aspekt des Vorhabens. Theoretisch tönt das alles sehr gut, aber mit der Umsetzung sieht es schon etwas anders aus.

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt): Ich fühle mich jetzt doch noch genötigt, auch etwas hierzu zu sagen. Was mich an der Debatte stört von der gegenüberliegenden Seite, ist, dass man immer sagt: «Die anderen müssen», «die Bauherren müssen», «die Firmen müssen», et cetera.

Fangen wir doch mal bei uns selber an, da, wo wir Einfluss hätten. Stichwort Schallschutzprogramm. Wenn Sie tatsächlich daran glauben, dass die Welt oder die übrigen Kantone auf Zürcher Fenster angewiesen sind, dann schlage ich vor, dass Sie eine Vorgabe machen, dass beim Schallschutzprogramm die alten Fenster sorgfältig ausgebaut werden anstatt einfach verschrottet. Da wurden Abertausende von Fenstern herausgerissen, da hätten Sie Einfluss. Ich habe noch nie einen Vorstoss in diese Richtung gehört und ich kann Ihnen auch sagen, weshalb: weil diese Fenster sich irgendwo stapeln würden und sie keiner braucht, weil sie den Normen gar nicht mehr entsprechen.

Ein zweites Einflussgebiet des Kantonsrates selbst befindet sich am Zürichberg, Stichwort Zoo, Stichwort Voliere. Da wurde Stahl in abartigen Mengen wieder verschrottet, wegen Kleinigkeiten, wegen minimalster Abweichungen. Von daher störe ich mich daran, dass dieser Rat sagt, was Private et cetera machen sollten, und Vorgaben machen will. Aber sich mal Gedanken darüber zu machen, wo man selber aktiv werden kann, als Rat, das macht er nicht, weil es ein Luftschloss ist.

Silvia Rigoni (Grüne, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ganz herzlichen Dank für alle diese Voten. Das zeigt uns doch, dass eine angeregte Debatte zustande kommt, so wie wir es uns gewünscht haben, als wir dieses Postulat damals eingereicht haben. Die Debatte zeigt aber auch ganz klar, was passiert, wenn Fachleute in ihrem angestammten Berufsfeld politisieren. Wir hören da ganz konkrete Beispiele, warum etwas nicht geht, was da politisch gefordert ist, und zwar politisch gefordert vom Volk. Christoph Marty hat uns wortreich dargelegt, warum das einfach gar nicht geht. Wir haben dann gehört, was gehen kann, da hat Jonas Pfister Ausführungen gemacht, Daniel Rensch hat aus seiner Praxis beim ERZ berichtet. Ich denke, das sind ganz wichtige Elemente, die wir hier gehört haben, die wir

mitnehmen können. Aber ich denke auch, dass es jetzt wirklich darum geht, die politische Arbeit zu machen. Da geht es doch viel mehr um die politischen Leitlinien, die es braucht. Wir sind uns sehr bewusst: Um die Kreislaufwirtschaft voranzubringen, braucht es verschiedene Spielregeln, die wir nun entwickeln müssen. Das ist die politische Arbeit. Wir müssen alle Optionen ausreizen, die möglich sind, um im Sinne dieses Volksentscheids die Kreislaufwirtschaft voranzubringen.

Daniel Rensch (GLP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich fühle mich auch noch etwas angesprochen wegen der thermischen Verwertung. Die KVs des Kantons Zürich haben den ganzen Sommer über thermisch verwertet – die Wärme ist in die Luft gegangen. Ich denke, das ist auch nicht der Zweck, den wir haben, und die Kehrichtindustrie – oder die Kehrichtverbrennungsindustrie, sage ich jetzt bewusst – ist sich darüber klar, dass das auch nicht weitergehen kann. Wir nutzen die Energie im Winter sehr gut, und das ist richtig und wichtig, aber wir haben Probleme. Und die Frage ist, ob wir weiterhin in dieser Abfallwirtschaft bleiben wollen. Wir haben in den Siebziger-, Achtziger-, Neunzigerjahren gebaut auf Teufel komm raus. Das mussten wir auch, aber wir haben nicht darüber nachgedacht, was mit unseren Gebäuden danach passiert. Doch wir sind schlauer geworden. Wir sind schlauer geworden bei den Fenstern, und da gebe ich recht, Fenster werden wir nicht in Zukunft nutzen können. Aber wir können schlauer werden in ganz anderen Bereichen, so etwa bei denjenigen Bauteilen, die den Grossteil ausmachen – wie es vorher schon von meinen Kolleginnen und Kollegen von den Grünen gesagt wurde. Ich finde es schade, dass Christoph Marty, ein Mann aus der Baubranche, sämtliche Vorurteile bringt, die ich eigentlich in der Baubranche vor zwanzig Jahren hatte. Ich denke, Christoph, vielleicht schaust du mal, wie deine Kolleginnen und Kollegen das für die Zukunft sehen. Danke.

Ratspräsidentin Romaine Rogenmoser: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulats vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

Das Postulat KR-Nr. 346a/2022 ist abgeschrieben.

Das Geschäft ist erledigt.